

# WAHLPRÜFSTEIN 5

## Erneuerbare Energien

### Aussage:

Um die **Klimaziele** zu erreichen, besteht parteienübergreifender Konsens, dass die **regenerativen Energien weiter ausgebaut** werden müssen.

### Fakt:

Der Landkreis SHA leistet bereits heute **den größten Beitrag zur Energiewende** in Baden-Württemberg:

- Mit 100 bestehenden Windrädern herrscht schon jetzt die größte Dichte im gesamten Südwesten und es sollen nun noch weitere Windräder errichtet werden – vermehrt auch in Staatswäldern.
- Es sollen auch vermehrt Grün- und Ackerflächen für Freiflächen-Photovoltaik geöffnet werden, obwohl Studien sagen, dass bislang **nur 10% der Dachflächen** zur Stromerzeugung genutzt werden. In Städten ist die Nutzung der Dachflächen zur Stromerzeugung sogar noch geringer.
- In Kuperzell ist ein Megabooster mit riesigen Speicherbatterien als größtes Pilotprojekt weltweit in direkter Siedlungsnähe geplant.

### Fragen:

- (1) **Wie stehen Sie zu Windkraft-Anlagen im Wald?**
- (2) **Halten Sie eine Verdichtung wie auf dem nebenstehenden Foto für Hohenlohe denkbar?  
Wo ist für Sie die Obergrenze?**
- (3) **Wie stehen Sie zum Ausbau der Freiflächen- bzw. Agro-Photo-voltaik?**
- (4) **Können Sie Kriterien nennen, die dabei berücksichtigt werden sollten?**
- (5) **Wie stehen Sie zur Errichtung einer riesigen Speicherbatterie direkt am Wohngebiet?**
- (6) **Sollten Ihrer Meinung nach Bürgerinnen bei der Umsetzung der Energiewende beteiligt werden, mitsprechen können und gehört werden?  
Wenn „JA“ >> Wie?**

## Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Sammelantwort zu Fragen 10-15:

Die Gestaltung der Energiewende ist eine politische und gesellschaftliche Mammutaufgabe mit allen damit verbundenen Höhen und Tiefen. Ich halte es für notwendig, hier den Mut zu haben, Neues auszuprobieren, aber auch Fehlentwicklungen entschlossen zu korrigieren.

Welche Maßnahmen im Einzelnen regional jeweils Sinn machen, muss vor Ort und nach Möglichkeit im Konsens bzw. zumindest im Kompromiss mit allen involvierten Akteuren und Betroffenen entschieden werden. Hier sollten wir insbesondere den Kreisen und Kommunen ein gesundes Maß an Eigenverantwortlichkeit zugestehen. Das sollte in meinen Augen auch für den Netzbooster in Kuperzell gelten.

Bei der Windkraft bin ich ein Anhänger der 1000 Meter-Abstandsregelung. Waldflächen sollten m. E. nicht a priori als Standorte ausgeschlossen werden, jedoch sollten bei jedem Projekt die ökologischen Vor- und Nachteile des Eingriffs individuell abgewogen werden.

Freiflächenphotovoltaik halte ich für einen Irrweg, es gibt genügend Dachflächen, die hier vorrangig nachgerüstet werden könnten. Anders verhält es sich mit der Agrophotovoltaik: Wenn eine Doppelnutzung betriebswirtschaftlich und technisch umsetzbar ist, stehe ich diesem Ansatz sehr offen gegenüber - auch wenn hierfür sicher nicht jede Fläche in Frage kommt.

Generell bin ich überzeugt, dass frühzeitige Einbeziehung der Menschen vor Ort und Transparenz in Planung und Kommunikation die Akzeptanz von Maßnahmen erhöht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Akteure eine gewisse Handlungssicherheit brauchen und gewisse rechtliche Standards gelten und von allen Seiten akzeptiert werden müssen - wenn diese Einsicht schwindet, wird es schwierig, überhaupt noch größere Projekte umzusetzen. Die "not in my backyard"-Einstellung allein bringt uns als Land und als Gesellschaft nicht weiter.

## Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

## Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

10) Nicht das Land mit den meisten Windrädern ist der beste Klimaschützer, sondern das mit den effizientesten Anlagen. Wenn in den Ausschreibungen Windkraftanlagen im Norden gewinnen, sollte man auch vorrangig dort Windräder bauen. Minister Untersteller gibt sich also die Antwort selbst, warum es ein wenig sinnvolles unterfangen ist, Tausende von Windkraftanlagen in Baden-Württembergs Wäldern zu bauen. Die Windkraft ist in Baden-Württemberg aufgrund der vergleichsweise geringen Windhöufigkeit nicht das Mittel der Wahl für die Energiewende. Ein "Südbonus" treibt die EEG-Umlage für die Stromkunden nochmal in die Höhe und führt zu einer ineffizienten Stromversorgung.

11) Wir fordern bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.

12) Wir sehen in der Agro-Photovoltaik eine Chance, den wachsenden Bedarf an Erneuerbaren Energien mit einem geringeren Flächenverbrauch in Einklang zu bringen. Durch die Installation von Photovoltaik-Modulen über landwirtschaftlich genutzten Flächen kann die Versiegelung von Flächen vermieden werden, während durch gezieltes Lichtmanagement die landwirtschaftlichen Erträge nur geringfügig beeinflusst werden.

13) Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich die Freiflächen- bzw. Agro-Photo-Voltaik schon heute am Markt behaupten müssen. Wir fordern einen Ausstieg aus der Dauersubvention durch das kostspielige EEG.

14) Wir wollen eine technologieoffene Energiewende und stehen daher solchen Projekten offen gegenüber. Allerdings müssen die Interessen aller Beteiligten dabei in Einklang gebracht werden.

15) Ja, die Energiewende darf nicht an den Bürgern vorbeigehen. Deutschland hat aufgrund EEG-Umlage, hoher Stromsteuer und steigender Netzentgelte zusammen mit Dänemark die höchsten Strompreise in Europa. Das wird zunehmend zur Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, aber

auch für die Unternehmen im Land. Wir wollen die Bezahlbarkeit wieder stärker ins Zentrum der Energiepolitik rücken.

### Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

10) Nicht das Land mit den meisten Windrädern ist der beste Klimaschützer, sondern das mit den effizientesten Anlagen. Wenn in den Ausschreibungen Windkraftanlagen im Norden gewinnen, sollte man auch vorrangig dort Windräder bauen. Dort wird zum Teil doppelt so viel Windenergie pro Anlage geerntet wie bei uns. Minister Untersteller gibt sich also die Antwort selbst, warum es ein wenig sinnvolles unterfangen ist, Tausende von Windkraftanlagen in Baden-Württembergs Wäldern zu bauen. Die Windkraft ist in Baden-Württemberg aufgrund der vergleichsweise geringen Windhöufigkeit nicht das Mittel der Wahl für die Energiewende. Ein "Südbonus" treibt die EEG-Umlage für die Stromkunden nochmal in die Höhe und führt zu einer ineffizienten Stromversorgung.

11) Wir fordern bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben. Die grün und rot regierten Groß- und Universitätsstädte haben trotz bester Standortbedingungen (Schwarzwald, Odenwald, Schwäbisch Alb) zusammen weniger als 10 Windräder in ihrer Nähe!

12) Wir sehen in der Agro-Photovoltaik eine Chance, den wachsenden Bedarf an Erneuerbaren Energien mit einem geringeren Flächenverbrauch in Einklang zu bringen. Durch die Installation von Photovoltaik-Modulen über landwirtschaftlich genutzten Flächen kann die Versiegelung von Flächen vermieden werden, während durch gezieltes Lichtmanagement die landwirtschaftlichen Erträge nur geringfügig beeinflusst werden. Vorrangig müssen die Dachflächen in den Großstädten mehr Photovoltaikstrom liefern.

13) Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich die Freiflächen- bzw. Agro-Photo-Voltaik schon heute am Markt behaupten müssen.

14) Wir wollen eine technologieoffene Energiewende. Allerdings müssen die Interessen aller Beteiligten dabei in Einklang gebracht werden, dies gilt insbesondere auch für die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner.

15) Ja, die Energiewende darf nicht an den Bürgern vorbeigehen. Deutschland hat aufgrund der EEG-Umlage, hoher Stromsteuern und steigender Netzentgelte zusammen mit Dänemark die höchsten Strompreise in Europa. Das wird zunehmend zur Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen im Land. Wir wollen die Bezahlbarkeit wieder stärker ins Zentrum der Energiepolitik rücken.

### Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 10. Windkraftanlagen sind wichtig und nötig - wenn Naturschutzgründe dem nicht entgegenstehen. Optik spielt dabei keine Rolle. Der Wald ist in die Bewertungskriterien wie jede andere Landschaft einbezogen. Windkraftanlagen sind immer noch besser als Atomkraftanlagen oder Endlager, für die unsere Region bisher noch geeignet erscheint. Gerade das wollen wir nicht.

zu 11. Kein Mensch will hier eine solche Verdichtung

Zu 12. Freiflächen- PVs sind vertretbar an landwirtschaftlich nicht/kaum nutzbaren Flächen - entlang von Autobahnen, manchen Bundesstraßen, geeigneten Hangbereichen oder kaum nutzbaren sonstigen Flächen. Die gibt es.

Zu 13. Kriterien s.o. Im Moment werden solche Kriterien auf Gemeinde- und Regionalverbandsebene erarbeitet. Sie nehmen die Kriterien z.B. der Schutzgemeinschaft auf und berücksichtigen sie.

Zu 14. Es wird keine "riesige Speicherbatterie direkt am Wohngebiet" geben.

Zu 15. Bürger werden bei der Energiewende seit einigen Jahren verstärkt gehört und einbezogen. Wir sind als Grüne häufig bei Anhörungen, Anfragen, Erörterungsterminen und Diskussionen beteiligt, weil uns das ein Anliegen ist. Das ist Fakt. Das heißt jedoch nicht, dass jeder Bürger der Meinung ist und das Gefühl hat, er sei genügend berücksichtigt worden. Es ist immer schwierig, einen vertretbaren Kompromiss für alle zu finden, mit dem dann auch alle zufrieden sind. Aber wir bemühen uns. Ein Ergebnis sollte man jedoch, wenn es ordentlich zustande gekommen ist, und wissenschaftlichem Kenntnisstand entspricht, akzeptieren.

## Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

10) Wir werden weiterhin Windkraft im Wald ermöglichen, indem wir verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss auch Baden-Württemberg die Windenergie ausbauen – auch im Wald. Um möglichst wenig Waldfläche für die Erschließung in Anspruch zu nehmen, sollten vor allem Flächen genutzt werden, die durch das Waldwegenetz bereits erschlossen sind. Zudem sind alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Anlagen möglichst naturschonend zu transportieren und zu errichten, etwa durch neue Krantechnologien. Darüber hinaus sind die Standorte in den Höhenlagen sehr gründlich auf Konflikte mit dem Artenschutz zu prüfen, beispielsweise im Hinblick auf den Vogelzug.

Wenn für Windenergieanlagen Waldflächen gerodet werden, muss ein forstrechtlicher Ausgleich nach § 9 Landeswaldgesetz erfolgen. Es muss also an anderer Stelle neuer Wald entstehen. Zum weiteren naturverträglichen Ausbau der Windenergie haben Bündnis 90 / Die Grünen und der NABU gerade ein gemeinsames Arbeitspapier vorgestellt.

11) Wir möchten in Baden Württemberg regionale Ausbauziele für Erneuerbare Energien festlegen, jede Region muss ihren Beitrag zum Notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten. Wichtig ist dabei, dass die Menschen dauch vor Ort profitieren: Durch günstigen sauberen Strom und auch durch die Möglichkeit der direkten Beteiligung an den Anlagen. Es existieren strenge Richtlinien für die Genehmigung von Windparks.

12) Freifläche Photovoltaik ist ein wichtiger Baustein der Engeriewende : Richtig angelegt produzieren sie sauberen Strom und können die Biodiversität erhöhen.

Auch Agrar-Photovoltaik wollen wir weiter voranbringen, so dass auf derselben Fläche Lebensmittel und saubere Energie erzeugt werden kann. Eine regionale Planung ist da sinnvoll, außerdem müssen Verfahren beschleunigt werden.

13) Natürlich setzen wir bei einer Umsetzung auf einen engen Dialog mit den landwirtschaftlichen Akteur\*innen.

Ressourceneffiziente Landnutzung durch Agrophotovoltaik kann eine win-win-Situation für Landwirtschaft und Energiewirtschaft werden.

14) Ein transparentes Verfahren in der Planung für den Netzbooster und eine Beteiligung der Bürger\*innen ist mir ein zentrales Anliegen.

Die Energiewende braucht neue Technologien und Elemente zur Netzstabilisierung. Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir im relativ stromarmen Baden-Württemberg neuartige Infrastrukturen. Der Netzbooster kann sinnvoll sein, um das Netz besser auslasten zu können. So könnten eine zusätzliche Stromleitung und auch weitere Flächeninanspruchnahme verhindert

ebenso wie Kosten gespart werden". Vom Grundsatz her sei es eine bekannte und ungefährliche Technik. Ich erwarte, dass gesundheitliche und Sicherheitsaspekte besonders berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für ein gutes Brandschutzkonzept sowie das Thema der Abstandsregeln zu Wohnbebauung.

15) Ich unterstütze die Bürgerbeteiligung, da Demokratie von Mitbestimmung lebt. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind für die künftige Akzeptanz der Energiewende von besonderer Bedeutung, da neue, dezentrale Energieinfrastrukturen wie Stromnetze oder Windenergieanlagen vor Ort sichtbar werden. Bei der Umsetzung der Energiewende sind wir mehr und mehr auf die Unterstützung aller Akteure angewiesen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informieren, ihre Mitwirkung ermöglichen und das Konfliktmanagement stärken. Energiewende muss gegenüber der Öffentlichkeit erklärt, für sie muss geworben werden. Erklärung und Vermittlung der komplexen Zusammenhänge müssen in den Kontext der aktuellen Herausforderungen gestellt werden. Wir wollen ausserdem explizit die Möglichkeit von Bürgerenergieprojekten wieder besser fördern. Die Bundesregierung hat dafür im neuen EEG-Gesetz zu große bürokratische Hürden eingebaut.

### Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

10. wir benötigen 100% Ökostrom. Und der kommt aus Photovoltaik und Windkraft-Anlagen. Ich sehe Biogas nur als untergeordnet, aber wichtig, da grundlastfähig.

Ich befürworte WKA im Wald. Allerdings muss die beim Bau und späterem Betrieb notwendige Fläche reduziert werden. Da wird zu großzügig abgeholzt, verdichtet und geschottert.

11. ok, es sind viele Windräder auf dem Bild. Ich sehe aber die Notwendigkeit, viele Windräder zu bauen. Wir werden viel mehr Strom brauchen als bisher. Wärmeversorgung, Verkehr ... alles wird elektrisiert. Es führt kein Weg dran vorbei.

12. + 13. Freiflächen in bisheriger Bauform: Es soll kein Acker mit gutem Boden umgewidmet werden, auf dem gut Lebensmittel angebaut werden können. Agro-PV ist vielversprechend, da die Module die darunter liegenden Fläche beschatten, Tiere können darunter/dazwischen weiden / Gemüse- und Obst-Anbau ... wird wichtig bei weiterer Erwärmung und Hitzeperioden.

14. Wenn wir keine Überlandtrassen wollen, dann benötigen wir den Booster. Er wird zur Netz-Stabilisierung benötigt. Wahrscheinlich benötigen wir zukünftig mehrere davon. Direkt am Wohngebiet ist ungünstig. Da kann ich den Widerstand nachvollziehen.

15. JA, das ist ganz wichtig! Für die Akzeptanz und Umsetzungsgeschwindigkeit. Wir dürfen nicht alles den großen Energiekonzernen überlassen.

Finanzielle Beteiligung durch Bürgerenergie-Genossenschaften.

Aber auch die Gegner müssen Gehör finden. Der Dialog ist sehr wichtig. Allerdings haben wir das große Ziel der Klimaneutralität vor Augen. Wir haben keine Zeit mehr zum diskutieren, wenn wir nicht das Überleben unserer Kinder gefährden wollen. Das ist wichtiger als persönliche Befindlichkeiten!

### Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

(10) Um die Klimaziele schnell zu erreichen und Baden-Württemberg bis 2035 Klima neutral zu machen, müssen wir natürlich schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umsteigen. Am besten ist es, wenn diese so kurzen "Transportweg" wie möglich haben. Dazu sollten alle Flächen, bei denen es sinnvoll ist Windkraftanlagen zu errichten, auch genutzt werden.

(11) Wenn es technisch umsetzbar ist und eine hohe Energieerzeugung zu erwarten ist, sollten auf entsprechenden Flächen auch Windkraftanlagen in größerer Anzahl errichtet werden können. An Stellen, an denen keine ausreichende Energieerzeugung zu erwarten ist, sollten auch keine Windkraftanlagen gebaut werden.

(12) Photovoltaik sollte ebenfalls dort errichtet werden, wo es technisch gesehen sinnvoll ist. Leider sind in Hohenlohe immer noch viele Dächer nicht mit Photovoltaik ausgestattet. Dazu zählen auch große Dächer von Firmen wie z.B. Lagerhallen. Hier sollte zuerst einmal angesetzt werden, um entsprechende Ausbauziele zu erreichen.

(13) Wie bereits beschrieben, sollte Photovoltaik zuerst einmal auf vorhandenen Flächen errichtet werden, bevor diese auf grüne Wiesen kommt. Ist es jedoch beispielsweise an einem Hang sinnvoll dort Photovoltaik zu errichten, so ist darauf zu achten, dass ein Teil der Wiese frei bleibt und die umzäunte Photovoltaikanlage dafür genutzt werden kann, dort Tieren z.B. Schafen eine Grünfläche zur Verfügung zu stellen.

(14) Wie meinem Wahlkampfflyer zu entnehmen, stehe ich dem eher kritisch gegenüber. Natürlich ist klar, dass der durch erneuerbare Energien gewonnene Strom auch gespeichert werden muss. Ob jedoch die Errichtung eines Netzboosters in der Nähe eines Wohngebietes eine sinnvolle Maßnahme ist, kann doch stark angezweifelt werden. Gut wäre es hier Alternativen zu diskutieren, wie ein Bau von mehreren Anlagen an mehreren Standorten.

(15) Dazu gibt es natürlich viele Ansatzmöglichkeiten. Zum Einen spielt der Dialog eine große Rolle, man muss die Menschen nach ihrer Meinung und ihren Ideen fragen, bevor geplant oder gebaut wird. Auch eine Beteiligung in Form eines Genossenschaftsmodells ist durchaus sinnvoll.

## Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

## Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(10) Von Windkraftanlagen im Wald würde ich, wenn irgend möglich, absehen.

(11) Ein Verdichtung wie auf dem Foto halte ich in Hohenlohe nicht für denkbar, da es in Baden-Württemberg entsprechende Abstandsregeln gibt und die Obergrenze ebenfalls durch die Abstandsvorschriften geregelt wird.

(12) Zunächst einmal sollte der Bau von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen weiter gefördert werden - hier ist noch viel Potenzial. Freiflächen-Photovoltaik sollte kommunal sorgfältig vorgeplant sein.

(13) Kriterien: keine Riesenanlagen, Festlegung einer maximalen Größe, Blühwiesen, Beweidung, Bürgerbeteiligung

(14) Aus gesundheitlichen Gründen müssen Stromtrassen, Umspannwerke und natürlich auch Riesen-Speicherbatterien unbedingt in großem Abstand von Wohnbebauung geplant und gebaut werden.

(15) Bei der Umsetzung der Energiewende sind Bürgerinnen und Bürger z. B. in öffentlichen Gemeinderatssitzungen und Bürgerversammlungen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Durch eine Mitbeteiligung der Bürger/der Kommune am Gewinn ist auch die Akzeptanz höher.

## Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

## Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Wir müssen die Energiewende als Mitmachprojekt gestalten - am besten dezentral und in den Kommunen vor Ort. Dabei spielen für mich Stadtwerke eine wichtige Rolle, um den Mehrwert der Energiewende vor Ort zu generieren.

Wir müssen die Energiewende deutschlandweit, bzw. europaweit denken. Dort, wo große Flächen sich für die Windkraft anbieten (zum Beispiel in Mitteldeutschland, oder Offshore), sind diese stärker zu nutzen. Damit der grüne Strom jedoch im Süden effektiv genutzt werden kann, müssen wir beim Trassenbau vorankommen und uns um die Speichertechnologien kümmern, zum Beispiel durch die Chancen der Wasserstofftechnologie (dazu wird bei der NetzeBW in Öhringen geforscht).

Photovoltaik gehört primär auf die Dächer - private und öffentliche Dächer. Bei der Freiflächen, bzw. Agrophotovoltaik sind die Bedingungen vor Ort in den Kommunen zu treffen, wie in Künzelsau jüngst geschehen.

Dem "Netzbooster" stehe ich kritisch gegenüber und lehne den geplanten Standort in Kupferzell ab, da alternative Standorte sich besser eignen.

## Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort